

VDA befürchtet Benachteiligung europäischer E-Autos in den USA

In den USA werden aktuell Gesetzesentwürfe für Steueranreize beim Kauf von batteriebetriebenen Fahrzeugen diskutiert. Der Verband der Automobilindustrie befürchtet eine Benachteiligung von Fahrzeugen aus deutschen und europäischen Standorten sowie der deutschen Hersteller vor Ort. Die Vorschläge, die aktuell im US-Senat verhandelt werden, binden die Steuererleichterungen beim Kauf an lokale Wertschöpfung und Produktion in den USA und haben eine Vertretung der US-Gewerkschaften in den Unternehmen als weitere Bedingung, kritisiert VDA-Präsidentin Hildegard Müller die einseitige Förderung.

Grundsätzlich begrüße der Verband steuerliche Anreize für den Übergang zur Elektromobilität, „um mehr Verbraucher zum Kauf von Elektrofahrzeugen zu ermutigen und so zur Umsetzung der globalen Klimaziele beizutragen“. Diese müssten aber auch fair und effektiv sein. Müller fordert die USA daher auf, „die vorliegenden Pläne zu überdenken und keine Hersteller zu benachteiligen“.

Die Vorschläge sollen den Käufern von E-Fahrzeugen Steuererleichterungen von bis zu 12.500 US-Dollar (ca. 11.000 Euro) ermöglichen. Wird das Gesetzesvorhaben in seiner aktuellen Form verabschiedet, würden laut VDA von aktuell über 50 im Markt angebotenen Elektroautos lediglich zwei Modelle von der Förderung im vollen Umfang profitieren. Dabei handelt es sich ausschließlich um Fahrzeuge amerikanischer Hersteller. Der überwiegende Teil der im US-Markt angebotenen E-Fahrzeuge, also auch die von deutschen Herstellern angebotenen Produkte, wäre dagegen von der vollständigen Förderung ausgeschlossen. Das betreffe sowohl Importe als auch in den USA produzierte Modelle in Fabriken, in denen die gewünschte US-Gewerkschaft nicht vertreten ist.

Während für die in den USA produzierten Modelle deutscher Hersteller nur die deutlich geringere Grundförderung anfallen würde (derzeit werden 4000 US-Dollar diskutiert), sollen Importe ab dem Jahr 2027 überhaupt keine Förderung mehr erhalten.

Zwei Dutzend internationale Handelspartner der USA haben in einem gemeinsamen Schreiben gegen die Vorschläge protestiert, die gegen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) verstoßen würden. Zudem würde das globale Ziel konterkariert, den Schadstoffausstoß zu reduzieren. EU-Vizepräsident und Handelskommissar Valdis Dombrovskis weist in einem Schreiben an den US-Senat darüber hinaus darauf hin, dass die EU und die USA gerade eine enge Zusammenarbeit auch in Klimafragen vereinbart haben und die geplanten Maßnahmen dem widersprechen würden. Die transatlantischen Lieferketten der Hersteller und Zulieferer seien dadurch gefährdet. Der VDA teilt diese Kritik.

Hinzu komme, dass das NAFTA-Nachfolgeabkommen USMCA ohnehin bereits zu einer stärkeren Lokalisierung der Produktion in Nordamerika beigetragen habe. „Mit der Einrichtung des Trade and Technology Councils (TTC) und der Einigung bezüglich der US-Zölle auf Stahl und Aluminium sind wir grundsätzlich auf einem guten Weg. Eine Förderung der Elektromobilität, unabhängig von der Herkunft und gewerkschaftlichen Organisation des Herstellers, sollte selbstverständlich sein – so wie es auch in Deutschland der Fall ist“, betonte Hildegard Müller. Aktuell liegt der Anteil der Importe bei den in Deutschland geförderten Modellen bei 67 Prozent, darin sind auch im Ausland produzierte Modelle deutscher Hersteller enthalten.

Die deutschen Hersteller haben nach VDA-Angaben im vergangenen Jahr mehr als 742.000 Pkw in den USA produziert und beschäftigt, den Nutzfahrzeuge-Sektor einbegriffen, mehr als 60.000 Mitarbeiter. Für Deutschland sind die USA demnach mit

einem Anteil von aktuell rund zwölf Prozent der zweitwichtigste Exportmarkt. (aum)

Bilder zum Artikel



Produktion des Cupra Born im VW-Werk Zwickau.

Foto: Autoren-Union Mobilität/Seat
